



ICH LEBE IN DER NÄHE des Titicaca-Sees, im Gebiet der peruanischen Hochlandindianer. Die meisten Bewohner dieser Gegend sind arm, sehr arm. Viele können weder lesen noch schreiben. Ein kleiner Acker muß die fünf- bis zehnköpfige Familie ernähren. Wer in der Goldmine von Renconada acht Stunden arbeitet, verdient ungefähr zwei Schweizerfranken pro Tag. Diese finanzielle Armut ist furchtbar. Die Konsequenzen schlimm. Wer kein Geld hat, ist total abhängig, kann sich nichts leisten. Er kann seine Kinder nicht ausbilden, muß überall den kürzeren ziehen. Der Reiche hingegen kann sich alles leisten, alles kaufen, auch den Menschen, auch den Richter. Geld ist Macht, Einfluß, Vitamin B. Diese Armut täglich mitansehen, mitleben zu müssen, ist grausam. Zorn- und Wutgefühle gegen die Reichen sind schwer zu unterdrücken. Nie war mir bisher so klar bewußt geworden, wie aussichtslos die Situation der Armen ist. Armut ist Ohnmacht.

Ist es da nicht ein Irrtum, mehr, ein Skandal, mit Jesus zu sagen: Selig ihr Armen?

Selig ihr Armen?

Die herausfordernde Frage wurde eigens zur Fastenzeit an uns gerichtet. Sie findet sich in einem Brief, der hier und im Innern dieser Ausgabe für mehrere andere Zeitschriften stehen soll, die in letzter Zeit aus Lateinamerika zu uns gelangten. Der Verfasser stammt aus unserem Bewußtseinskreis und möchte uns teilhaben lassen an dem, was ihm im Hochland von Peru geistig widerfährt. Vor seiner Auswanderung war er bereits Kaplan. Heute arbeitet er mit zwei andern Priestern und einigen Laienhelfern (u. a. Ärzten aus Zürich) in einer Schweizer Equipe und sucht, wie er selber sagt, seinen Standort. Seine Deutung der ersten Seligpreisung nach Lk 6, 20 stammt aus der Nähe zu den Armen. Die Schlußfolgerungen, etwa hinsichtlich unserer Hilfswerke, unserer Waffenausfuhr usw., werden manche verblüffen oder gar schok-

kieren, andere allzu rasch entflammen, wie eben solche Stimmen bei uns von den einen als Naivität, Utopie und Unsinn abgetan werden, während andere damit ihren papierernen Protest aus gesicherter Stube nähren. Beide Reaktionen sind ideologisch verfälscht und deshalb verfehlt. Sie sind typisch für ein Gerede aus der Ferne: Man nimmt auf oder wehrt ab, je nachdem, was ins eigene Verhaltens-, Vorstellungs- und Denkschema paßt. Uns aber scheint, es gelte hier erst einmal ernsthaft hinzuhören: Sind diese Empfindungen nicht echt christlich begründet, sind sie nicht erhärtet durch persönlichen Einsatz? Wird uns nicht eine Sicht eröffnet, die uns hier einfach abgeht?

Gewiß, *sehen* in derselben Weise wie jene «dort drüben», können wir hier nicht. Aber wir können uns betroffen, angeklagt, beschämt fühlen. Das kann uns bei der Anstrengung helfen unseren Hochmut zu überwinden und unsere Pauschalurteile zu revidieren, und das wäre schon ein Stück der uns aufgetragenen «Buße». Wir sollen aber auch zum richtigen Handeln gelangen. Dazu bedarf es zunächst der rechten Haltung der *Solidarisierung*. Diese bestünde für uns darin, gemeinsam mit denen «drüben» zu *suchen*. Das heißt dann auch, gemeinsam nach den richtigen Mitteln und Wegen und nach dem richtigen Einsatz der Mittel suchen: die Aufgabe einer *kritischen* Missions- und Entwicklungshilfe. Diese Sorge teilt auch der Direktor des Schweizerischen Fastenopfers. «Kriterien», die uns aus einer ganz andern Ecke der Welt, nämlich aus Südvietnam, zukamen und die sich in vielen Punkten mit den Gedanken aus Peru berühren, wurden von ihm uns gegenüber durchaus bejaht. Im «Suchen» dort und im «Sensibilisieren» hier sieht er heute das Wichtigste.

Die eigentliche Solidarität wird dabei aber jenen Menschen zu gelten haben, die leiden, *weil* sie Christen sind, und die *an* ihrem Christsein und *an uns* leiden. Solche Solidarität zu bezeugen, braucht es einen neuen Anlauf zu besserem Christsein. M. G./L. K.

Wirtschaft

Währungskrisen und Dritte Welt: Westliche Zusammenarbeit bei monetären Krisen gleicht Feuerwehreaktionen – Wirtschaftlicher Nationalismus verhindert zukunftsbezogene Lösungen – Bei den Verhandlungen fehlen die wichtigsten Akteure – Indirekter Schaden für die Dritte Welt – Bindung an eine wichtige Währung führt bei Krisen zu noch engerer Abhängigkeit – Gewinne aus der Schaffung internationalen Geldes sollten der Entwicklung zugutekommen.

Luis de Sebastian, Genf

Zeugnis

Wie selig sind die Armen?: Vertröstende Exegese versagt am Titicacasee – Zwei Franken für acht Stunden in der Goldmine – Armut ist Ohnmacht – Jesus solidarisch mit den Armen – Warum verkaufte Helder Cámara die Tafel Schweizer Schokolade zu vier Franken? – Nicht nur Schenkungen, sondern Gerechtigkeit.

Otto Brun, Putina/Peru

Vietnam

Damit die Hilfe das Volk erreicht: Nachkriegsperspektiven – Amerikanische Milliardeninvestitionen – Der einfache Vietnameser wird leer ausgehen – Raubbau am Menschen und an der Natur – Was kann trotzdem getan werden? – Kriterien wirksamer Entwicklungshilfe – Basisgruppen und Leader auffindig machen – Entwicklung einer Volksmedizin – Alternativen zur exklusiven Bindung an die USA.

Franz Richter, Saigon

Hilfswerke

Kritische Sicht beim «Fastenopfer»: Gelangen wir über die bisherigen kirchlichen Kanäle an die Basis? – Erfahrungen im Fernen Osten – Hierarchisches Gerüst und «Hilfsgüter-Christenheit» – Kloster als Steinwüste – Mobile gegen immobile Spitäler – Das Signal von Bangkok – Wie im Leben, so gibt es auch im Geben keinen Stop – Hier sensibilisieren, drüben die einheimische Kirche sich artikulieren lassen.

Interview mit Meinrad Hengartner, Luzern

China

Lin Piao und die Auseinandersetzung an der Basis: China öffnet sich – Der Sturz Lin Piaos und dessen Hintergründe – Die Militärs hatten sich in der Zivilverwaltung ausgebreitet – Produktionsträger kommen wieder zur Geltung – Spannungen in der Führung spiegeln Auseinandersetzungen an der Basis – Die Vorwürfe gegen Lin Piao – Sein Leitbild für die Armee – Sein Tod Abschluß einer Entwicklung.

Jean-Pierre Voiret, Zürich

Priesterfrage

Sozialer Wandel und Krise des Glaubens: Gegen jede monokausale Erklärung der Priesterkrise steht die Vielfalt der Faktoren – Keine bloße Übergangsperiode – Neues Autoritätsverständnis – Politisches Engagement – Konflikte der Loyalität steigern sich zu Glaubenskrisen – Selbstverwirklichung als Lebensziel? – Zwischen funktionalem und sakramentalem Selbstverständnis.

Gerald J. Phelan, Rom

Währungskrisen und Dritte Welt

Währungskrisen brechen ziemlich regelmäßig über das Weltwährungssystem herein und sind sowohl für Fachleute wie für Laien ein Rätsel. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß die Krisen nicht deutbar wären, vielmehr geben sie uns wichtige Aufschlüsse über die Beschaffenheit und das Verhalten unserer weltweiten wirtschaftlichen Ordnung.

Aus den Ereignissen im Zusammenhang einer Krise geht deutlich hervor, daß die westlichen Länder grundsätzlich an einer Zusammenarbeit interessiert sind, um so die Weltwirtschaft in Gang zu halten. Die Wochenendtreffen der Zentralbankpräsidenten und Finanzminister der zehn größten Industrieländer gehören denn auch zum Drum und Dran jeder Währungskrise. Man anerkennt, dass alle Länder für das internationale Währungssystem mitverantwortlich sind. In keinem Land decken sich eigene und weltweite Interessen völlig. Die einzelnen Länder müssen deshalb etwas von ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit zugunsten des Ganzen aufgeben. So versteht man den Begriff Zusammenarbeit.

Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit hat bereits einige Resultate gezeitigt: wäre doch die Krise härter gewesen, hätte nicht die eine oder andere Zentralbank die Währung anderer Länder gestützt, als diese dem Angriff der Spekulanten ausgesetzt war.

Wirtschaftlicher Nationalismus

Aber diese grundsätzliche Bereitschaft, die bestenfalls gerade dazu ausreicht, eine gegenwärtige Krise zu stoppen oder ihren Umfang einzudämmen, erstreckt sich nicht auch auf die Zukunft. Bisher einigte man sich nämlich noch nicht auf eine Neuordnung des Währungssystems, das besser und weniger krisenanfällig wäre. Wenn einmal das Wochenendtreffen zu Ende ist, läßt jeder Zentralbankpräsident und Finanzminister seinen Internationalismus auf dem Konferenztisch zurück und fährt munter fort, sich ausschließlich für das finanzielle Wohl seines eigenen Landes verantwortlich zu fühlen. Deshalb haben beispielsweise die europäischen Länder nach der letzten Krise verschiedene Wege eingeschlagen. Trotz vieler offizieller und inoffizieller Treffen und Beratungen gibt es keine gemeinsame europäische Währungspolitik, ungeachtet gegenseitiger feierlicher Erklärungen. Die Währungskrisen lehren uns auch, daß die internationalen Beziehungen durch einen fortlebenden Nationalismus vergiftet sind.

Die Maßnahmen, die in Zeiten von Währungskrisen gemacht werden, sind panikartig und deshalb kurzsichtig, kostspielig und vor allem selbstüchtig. Der Instinkt für nationale Selbsterhaltung ist dann stärker als jede Sorge für ein internationales Währungssystem.

Internationale Körperschaften

Aber dieser wirtschaftliche Nationalismus ist, obwohl er das System krisenanfällig beläßt, letztlich nicht die Ursache der Krisen. Wir müssen uns fragen, ob und wie weit die Behörden der Industrieländer überhaupt imstande sind, solche monetäre Krisen zu vermeiden. Gewöhnlich sind es ja nicht die Finanzbehörden, die – gewollt oder ungewollt – auf dem Geldmarkt Panik auslösen und gegen bestimmte Währungen Sturm laufen. Die wichtigsten Leute an den Wochenendberatungen sind die Abwesenden. Dazu gehören beispielsweise jene, die aus ungezügelter Profitsucht immense Geldsummen über die ganze Welt verschieben. Das sind normalerweise nicht die Zentralbanken, sondern internationale Körperschaften. Sie versuchen ihre enormen Summen flüssigen Geldes vor jedem – noch so kleinen – Risiko zu schützen und zugleich jeden Glücksgewinn, der aus dem Gefälle unterschiedlicher Zinsraten und

Wechselkurse zwischen den verschiedenen Ländern entstehen kann, einzuheimen.

Solche internationale Unternehmen kümmern sich wenig um die Stabilität und um den ausgeglichenen Geldmarkt einer bestimmten Währung. Sie sind ja nicht ausschließlich mit der Volkswirtschaft eines einzelnen Landes verhaftet. Sie können ihre Liquiditäten leicht und leistungsfähig herumschieben, da sie ja in mehreren Ländern tätig sind. Eine Geldverschiebung über Landesgrenzen kommt für sie einer «internen» Transaktion gleich. Diese Betrachtung offenbart zwei wichtige Tatsachen. Erstens hat der Nationalstaat mit der Entwicklung eines völlig internationalen kapitalistischen Systems aufgehört, ein wirksames ökonomisches Konzept zu sein. Zweitens ist das System von Grund auf widersprüchlich. Es ist aufgebaut auf Prinzipien, die man im Begriff privaten Profitsuchens zusammenfassen kann und die unweigerlich zu allerlei Konflikten führen. Im monetären Bereich sind dies die Konflikte zwischen nationalem und internationalem Interesse und vor allem zwischen dem Privatnutzen der internationalen Unternehmen und dem Sozialnutzen der Länder. Folglich wird, solange nationale Behörden zulassen – und in der kapitalistischen Welt müssen sie es –, daß multinationale Unternehmen privat Profit aneignen können, eine Währungskrise auf die andere folgen. Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein, daß die internationalen Gesellschaften fortfahren werden, bewußt monetäre Krisen hervorzurufen, bis das System zusammenbricht. Niemand ist an der Erhaltung des Systems mehr interessiert als solche Firmen. Das Problem liegt einzig darin, daß sie die Widerstandskraft des Systems falsch berechnen können, denn jeder arbeitet für sich selber und ist nicht verantwortlich für die Berechnungen und Aktionen der andern. Eine wirkliche Fehlrechnung, die aus voneinander unabhängigen Entscheidungen resultiert, kann tatsächlich das gängige Zahlungssystem und damit den Handel zu einem tragischen Ende bringen.

Aber selbst wenn dieses tragische Ende nicht in Sicht ist, sind doch Währungskrisen schädlich, weil sie beträchtliche soziale Kosten bewirken, die sehr unterschiedlich aufgewogen werden durch die Gewinne, welche private Firmen aus der Krise ziehen. Die sogenannte Dritte Welt zieht keinen Nutzen aus der Krise. Möglicherweise erleidet sie auch keinen Schaden, wenigstens nicht direkt und kurzfristig, wenn sie auch auf lange Sicht davon betroffen ist.

Indirekter Schaden für die Dritte Welt

In der gegenwärtigen Art von Währungskrise erleiden die unterentwickelten Länder insofern keinen *direkten* Schaden, als gegen ihre Währungen nicht spekuliert wird. Niemand spekuliert mit brasilianischen Cruzeiros oder indischen Rupies. Trotzdem leiden unterentwickelte Länder, die wegen historisch bedingten Handelsbeziehungen ihre Währung fest an eine wichtige Währung gebunden haben, an den Folgen der Spekulation gegen diese letztere. Als Beispiel diene *Guatemala* mit seiner Quetzal-Parität von eins zu eins gegenüber dem Dollar. Wenn die Deutsche Mark um zehn Prozent gegenüber dem Dollar aufgewertet wird, dann muss Guatemala die gleiche Parität zum Dollar aufrechterhalten, da seine hauptsächlichsten Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten sind. Dies bedeutet aber zugleich eine zehnprozentige Abwertung des Quetzals gegenüber der Deutschen Mark. Diese Entscheidung wird von der Regierung Guatemalas nicht unabhängig getroffen. Überdies wird dies künftige Versuche zu erweiterten Handelsbeziehungen mit Deutschland vereiteln. Guatemala bleibt so auf unabsehbare Zeit gezwungen, mit der amerikanischen Wirtschaft eng verbunden zu sein. Tatsächlich hat denn auch jede Dollarkrise den Abhängigkeitsgrad von der amerikanischen Wirtschaft für die meisten lateinamerikanischen Länder gesteigert.

Seligpreisung am Titicacasee

Wie kann Jesus jemand selig preisen, nur weil er arm ist? Lediglich weil er der untersten sozialen Klasse angehört, soll ihm das Reich Gottes zufallen? Das widerspricht sowohl dem Gleichnis von den Talenten (es fordert auch von dem, der wenig hat, Arbeit und vollen Einsatz: Mt 25, 26 ff.) wie der biblischen Auffassung von der Größe des Menschen (Abbild Gottes, Herr der Schöpfung). Die erste Seligpreisung wäre eine unbegreifliche Propaganda für die Armut; sie träte jedes Empfinden und Bemühen um Würde und Freiheit des Menschen mit Füßen.

Nicht weil sie arm seien, so glauben andere, lobe Jesus die Armen, sondern weil sie nach ihrem harten Leben «dafür» in den Himmel kommen. Auch diese Exegese ist unbefriedigend. Sie trennt Erde und Himmel auf unannehmbare Weise und gibt einen faulen Trost: Gauner und Ausbeuter würden angefeuert und zu Werkzeugen für die Heiligkeit der Armen erhoben. Armut bliebe ein Ideal, Würde zur Himmelsleiter. Wer aber selbst arm ist oder mit Armen gelebt hat (Schauplatz siehe Titelseite), der wird sich mit allen Kräften dagegen wehren, die Armut als ein Gut oder Ideal zu bezeichnen.

Wie sollen wir also die Worte Jesu richtig verstehen?

Selig ihr Armen, weil euch jetzt schon das Reich Gottes gehört.

In dieser Auslegung liegt die Überzeugung, daß Gottes Reich ein Geschenk ist, das der Mensch hier auf Erden schon empfängt,¹ das all seinem irdischen Sein und Tun die Erfüllung bringt, und daß dieses Reich notwendigerweise *noch in dieser Welt* die Gerechtigkeit wiederherstellt.² In Jesus selber ist das versprochene Reich nahe (Mk 1, 15), Er ist bereits unter uns (Mt 12, 28), er ist gekommen, alles Elend, alle Sünde und ihre Folgen (somit auch Armut, Unterdrückung und Ausbeutung) auf sich zu nehmen. *Ja, selig ihr*

Armen, weil Christus, der Reiche, arm geworden (Phil 2, 7), weil er solidarisch ist mit euch.

Solidarisch aber macht sich Jesus mit den Armen nicht, weil Armut in sich ideal oder Gott wohlgefällig wäre, sondern im Gegenteil: um selbst arm, wirksam gegen die Armut zu protestieren. Durch das Zeugnis seines ganzen Lebens und Handelns solidarisch mit den Armen, verspricht Jesus ihnen nicht «Pflästerchen» auf ihre Armutswunden, sondern das Ende ihrer Armut, den Besitz des Reiches Gottes. Selig ihr Armen! Wie mit allen Seligpreisungen ist hier zuerst wohl Jesus selber gemeint: in ihm sind sie erfüllt. Zugleich aber sind *wir* herausgefordert, uns *wie Jesus* solidarisch mit den Armen zu machen. Befragen wir also kritisch unsere Haltung gegenüber den Armen: Sind wir schon solidarisch,

– wenn wir die Sorge für sie auf fürsorgliche und karitative Organisationen abwälzen?

– Wenn wir die «Berner Erklärung» unterschreiben?

– Wenn wir die Sammlungen «Brot für Brüder», «Fastenopfer» usw. unterstützen?

Ich weiß gut, daß Geldspenden eine wertvolle Hilfe sind und profitiere selbst davon. Für viele sind sie gewiß das einzige, was sie für die Armen tun können. Für viele andere aber sind sie das ideale Mittel, ihr schlechtes Gewissen gegenüber den Armen der Dritten Welt loszuwerden. Geldspenden sind notwendig, aber Solidarität mit den Armen ist mehr: sie verlangt Umstellung des Lebensstils und Entschlossenheit, alles zu unternehmen, das Elend zu überwinden.

Auf schweizerische Verhältnisse zugeschnitten geht es einmal um Recht und Billigkeit in den Handelsbeziehungen, vor allem um gerechte *Rohstoffpreise*. Helder Cámara bot in Zürich am Ende seiner Rede Schweizer Schokoladen zum Preis von Fr. 4.— an, um hinzuweisen, wie hoch der gerechte Kakaopreis wäre, den wir den Ent-

wicklungsländern schulden. So geht es nicht um «Schenkungen», sondern um Gerechtigkeit: gerechte Preise für die Naturprodukte³. Sodann geht es (nach «Populorum progressio» Nr. 13) um private und öffentliche Investitionen, und es geht insgesamt darum, *eine Welt zu bauen, «wo der arme Lazarus an derselben Tafel mit dem Reichen sitzen kann»*.⁴

Ein besonders heißes Eisen: das *Bankgeheimnis*, wie es heute angewendet wird. Jeder Ausbeuter kann grundsätzlich sein von den Armen erpreßtes und gestohlenen Geld bei uns anlegen, Milliarden wandern aus den devisenbedürftigen Ländern nach USA und Europa, nicht zuletzt in die Schweiz ab. Zudem: Wieviele Schweizer sind nicht selber *in* und *an* den unterentwickelten Ländern reich geworden, und was ist von sogenannten «Entwicklungshelfern» zu halten, die sich durch skrupellose Schwarzwechsel den Devisenbestimmungen der betreffenden Länder entziehen?

Letztes Beispiel: die *Waffenausfuhr*. Darf man die eigene Wehrfähigkeit dadurch erreichen, daß man die Waffen an andere ausprobiert? Zudem helfen unsere Waffenlieferungen oft mit, daß grausame Ausbeuter an der Macht bleiben.

Diese Beispiele wollen nur zeigen, wo und wie Solidarität von uns verlangt wird. Doch der einzelne – so wesentlich seine persönliche Hilfe ist – vermag aus sich allein zu wenig. Es braucht ein gemeinsames Vorgehen: politisches Engagement. Wie wäre es, wenn ein bischöflicher Fastenbrief einmal in die wirtschaftlichen Fehlhaltungen hineinleuchten würde, um zu zeigen, daß nicht jeder Kampf gegen den Kapitalismus Kommunismus ist?

Otto Brun, Putina/Peru

¹ Populorum progressio Nr. 13.

² G. Gutiérrez: *teología de la liberación*, Kap. 8, Seiten 193 ff.

³ H. Cámara, *Revolution für den Frieden* (Herderbücherei), S. 113.

⁴ Populorum progressio Nr. 47.

Monetäre Krisen vergrößern die Unsicherheit im Zahlungssystem und damit im Handels- und Investitionsnetz der Welt. Unsicherheit ist schlecht für jedes Land, ob reich oder arm, aber sie ist natürlich schlimmer für jene Länder, die für ihre Volkswirtschaft weniger Verteidigungsmöglichkeiten gegen Erschütterungen von außen, wie Währungsstörungen, haben. Die Fähigkeit, eine Wirtschaft gegen Außenstörungen zu verteidigen, hängt ab von der Offenheit des betreffenden Wirtschaftssystems und vom verfügbaren Bestand an fremden Devisen. Das zweite ist nicht notwendig im ersten enthalten, wie es in den ölexportierenden Ländern der Fall ist, aber es ist normalerweise damit verbunden.

Offenheit der Wirtschaft wird gemessen am Verhältnis zwischen Export und Gesamtnationalprodukt, das heißt, wieviel des nationalen Einkommens vom internationalen Handel stammt. Die Vereinigten Staaten mit ihren 5 % des Nationalprodukts sind sehr wenig offen verglichen mit Panama mit seinen 25 %. Die Vereinigten Staaten könnten jeden Handel mit fremden Ländern einstellen und dennoch auf unbestimmte Zeit überleben. Eine um 25 % offene Wirtschaft würde ohne Handel in einem Monat zusammenbrechen. Dies ist mit ein Grund, warum unterentwickelte Länder so sehr an fernen internationalen Krisen zu leiden haben. Diese Abhängigkeit vom internationalen Handel wird dann zur wahren Schwäche, wenn sie von einem chronischen Mangel an fremden Reserven begleitet wird, wie dies in den unterentwickelten Ländern der Normalfall ist. Dies ist zurückzuführen teils auf die niedrigen Preise für Rohstoff-

exporte und die wachsenden Preise für importierte Industriegüter, teils auf die mangelhafte Politik der nationalen Behörden. Der Stand fremder Währungsreserven ist in den Entwicklungsländern sehr tief, gemessen am Stand der Industrieländer und am Nullpunkt. Irgendeine ernsthafte fremde Störung kann buchstäblich die Reserven zunichte machen.

Diese größere Verwundbarkeit beeinträchtigt Entwicklungsländer vornehmlich in zweifacher Weise, nämlich durch Planungsschwierigkeiten für Investitionen und durch mangelnde Flexibilität im Zahlungsverkehr. Das Planen von Investitionen im privaten und öffentlichen Sektor wird schwieriger und riskanter. Das Resultat ist dann, daß entweder die Pläne versagen oder sehr konservativ bleiben, so daß die Mittel verschwendet und die Möglichkeiten nicht voll genutzt werden.

Andererseits müssen die Mechanismen für die Anpassung fremder Zahlungen sehr unbeugsam sein, weil diese Länder nur über eine geringe Bewegungsfreiheit verfügen. Einige Länder werden für ein äußeres Gleichgewicht optieren, indem sie dafür interne Ziele opfern, wie Vollbeschäftigung und Wachstum, sie werden es nie zulassen, daß die Zahlungsbilanz sich verschlimmert, wobei sie restriktive politische Methoden anwenden, wie Kreditschrauben, Steuererhöhung, Einsparungen im Staatshaushalt usw. Je schwankender die ausländische Situation wird, um so strikter wird die einschränkende Politik sein – und das Leiden der arbeitslosen Massen! Andere Länder werden dagegen gestatten, daß sich die Zahlungsbilanz verschlechtert, wobei sie die Wechselkurse streng fixieren, bis

die Reserven aufgebraucht sind und Abwertung verlangt wird. In diesem Vorgang wuchert die Inflation, begleitet von Verschleuderung der Mittel und von sozialer Ungerechtigkeit. Ein gutfunktionierendes internationales Währungssystem würde die Unsicherheit mindern und dazu beitragen, daß die hochverwundbare Wirtschaft armer Länder eine bessere politische Mischung von äußerer und innerer Ausgeglichenheit erreichen würde; dann könnte sie wirkungsvoller ihren spärlichen Reichtum (wovon die Arbeitskraft den Hauptteil ausmacht) einsetzen.

«Münzgebühr» zugunsten der Entwicklungsländer

All das wäre schon etwas, aber es würde noch nicht genügen. Es liegt im höchsten Interesse der Entwicklungsländer, daß die Währungskrise beendet wird, indem man nicht ein für sie neutrales Währungssystem errichtet, sondern eines mit einem eingebauten Mechanismus zur Finanzierung der Entwicklung. Dabei würden die Profite aus jeder Schaffung einer internationalen Währung für Entwicklung verwendet. Dies ist das berühmte «Verbindungsproblem» («link» problem), das so heftig an der letzten UNCTAD in Santiago de Chile debattiert wurde.

Wenn einmal die Industrienationen das Prinzip der Entwicklungshilfe für die Dritte Welt erkannt und sich darauf geeinigt haben, sind sie moralisch verpflichtet, die besten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Methoden für eine solche Hilfe zu suchen. Würde dereinst die «Münzgebühr» («seignorage»), d. h. die Gewinne, die aus der Schaffung internationalen Geldes entstehen, der wirtschaftlichen Entwicklung armer Länder zufließen, dann wäre diese Art von Hilfeleistung allen gegenwärtigen Einrichtungen weit überlegen.

Sie wäre erstens automatisch und der wirtschaftlichen Größe jeder Volkswirtschaft angepaßt, sie würde so die Schwierigkeiten ausräumen, die mit dem heutigen System von Verhandlungen gegeben sind. Sie wäre wirklich multilateral, da fast jedes Land der Welt Mitglied des Internationalen Währungsfonds ist oder sein will. So wird kein Land die Hilfeleistung mit dem eigenen wirtschaftlichen und politischen Vorteil verknüpfen.

Überdies würde die Hilfe durch die Verteilung der «Münzgebühren-Gewinne» mit der Weltprosperität und der Expansion des Handels im gleichen Schritt wachsen, obwohl sie im gegenteiligen Fall abnehmen würde, gerade dann, wenn die armen Länder sie am meisten bräuchten. Aber selbst dann würde sie weniger abnehmen als unter jeder anderen Anordnung. Schließlich würde das Volumen für die Hilfe wahrscheinlich größer sein als das, was heute geleistet wird, wenn die angegebenen Zahlen gehörig in wirkliche Begriffe übersetzt und Militärhilfe, Transportkosten, «American Pricing», direkte Investitionen u. a. ausgeschlossen werden.

Diese Argumente sind wichtig, um eine Verbindung zwischen zwei wirtschaftlichen Zielen zu schaffen, nämlich den Entwicklungsländern zu helfen und das internationale Währungssystem zu reformieren. Analytisch gesehen sind diese zwei Dinge voneinander verschieden, und einige Wirtschaftler möchten sie gerne durch verschiedene politische Verfahren getrennt verwirklicht sehen. Aber die Erfahrung zeigt, daß die beiden Aufgaben nicht separat gelöst werden können. Denn abgeschnitten oder gewährt wird die Hilfe je nach der Zahlungsbilanzsituation des Geber-Landes. Warum sollte man nicht diese Fakten wirtschaftlichen Lebens wirksam und gerecht institutionalisieren?

Die Entwicklungsländer verursachen die Währungskrisen nicht, noch können sie diesen Einhalt gebieten. Sind sie wohl darum bis vor kurzem nicht zu Beratungen auf höherer Ebene eingeladen? Und doch haben sie viel zu gewinnen oder zu verlieren, je nachdem, was für die Reorganisation des internationalen Währungssystems beschlossen wird. An den Wochenend-

beratungen sind die Entwicklungsländer zusammen mit den multinationalen Körperschaften die wichtigsten Abwesenden.

Selbstverständlich würde kein Währungssystem, so vollkommen es auch sein würde, die Unterentwicklung aus der Welt schaffen, solange die Weltwirtschaftsordnung nicht radikal geändert wird. Das Phänomen der Unterentwicklung ist nicht verursacht durch eine Fehlverteilung der Mittel, sondern durch eine verfehlte Arbeitsteilung zwischen Ländern der Produktion und des Handels im kapitalistischen System. Solange es kapitalistische Länder gibt, wird es auch unterentwickelte Länder geben. Eine neue internationale Währungsordnung kann bestenfalls einen besseren Gebrauch der Mittel begünstigen. Hoffen wir, daß die leidenden und schweigenden Massen der Dritten Welt einigen Nutzen daraus ziehen werden.

Übersetzt von K. Weber

Luis de Sebastián, Genf

Was kann trotzdem getan werden?

Die Lage in Südvietnam nach dem Waffenstillstand ist in unserer letzten Ausgabe (Seite 50) mit dem Begriff des «Leopardenfalls» charakterisiert worden. Das Programm, das der Asienreferent der Caritas Internationalis für die freigemeinnützigen Hilfswerke entwarf, stand unter dem Zeichen eines doppelten «Dennoch»: gegenüber der verworrenen politischen Lage wie gegenüber den «Fehlleistungen und Desertionen», die auch in kirchlichen Hilfswerken geschehen. Gegen diese Fehlleistungen ist in der «Orientierung» schon früher kritisch, ja scharf Stellung bezogen worden. Dabei wurde zunächst um mehr Verständnis für die Eigenart der Vietnamesen, vor allem der Landbevölkerung geworben (1966/58 f. und 72 f.), sodann bisherigen kirchlichen Entwicklungsmodellen ein «kulturrevolutionäres», aus «eigenen Kräften» schöpfendes Modell gegenübergestellt (1971/62 ff.). Die Kritik betraf nicht zuletzt die Bindung kirchlicher Institutionen an das Saigoner Regime und an die amerikanische Präsenz.

Hier nun wird erst recht von einer düsteren Zeichnung dieser Präsenz ausgegangen. Auch sie mündet aber in die entscheidende Frage: *Was kann trotz alledem getan werden*, damit das erreicht wird, was alle Werke anstreben: die Hilfe bis zum vietnamesischen Volk gelangen zu lassen? Um der dazu geäußerten Grundsätze und Kriterien einer effektiven Entwicklungshilfe willen drucken wir diese Stellungnahme in ihrer unverblühten Sprache ab. Dabei sei aber nicht vergessen, was im letzten Beitrag erwähnt wurde. Im Unterschied zu manch anderem Land, wo sie immer ein außengesteuerter Fremdkörper geblieben ist, muß die katholische Kirche in Vietnam ob ihrer alten originären Strukturen als einheimische Partnerin respektiert werden, wie «verderbt» sie auch, nicht zuletzt unter dem massiven ausländischen Einfluß, einem über Jahre hinweg kritischen Beobachter erscheinen und wieviel eine pauschale Polemik ihren Führern vorwerfen mag.

Die Redaktion

Auf dem Papier ist die Nachkriegsentwicklung Vietnams bereits seit Jahren festgelegt. Die Vereinigten Staaten werden in Südvietnam dominieren - Erdölrechte vor der Küste sowie die interessanteren Bodenschätze sind vertraglich abgesichert - und Japan wird die Lücken ausfüllen. Hinter den Kulissen wurden schon seit Jahren die wirtschaftlichen Interessen Indochinas aufgeteilt. Niemand jedoch glaubt an die phantastischen Investitionssummen, die genannt werden: die Vereinigten Staaten haben die stattliche Summe von 7,5 Milliarden Dollar genannt, Japan sogar die doppelte Summe, und von der restlichen Welt werden weitere vier Milliarden erwartet.

Eines steht dabei schon fest: Der einfache Vietnameser wird leer ausgehen. Nicht nur das, seine Interessen werden regelrecht an Ausbeutungspraktiken ausländischer Unternehmen und einheimischer Kriegsprofiteure vermarktet. Unter dem Zeichen des Fortschritts wurden längst Institutionen in die Welt gesetzt, die nun die Friedensdollarschwemme auffangen werden: Nationaler Entwicklungsfonds, Investitionszentrum, Industrielle Entwicklungsbank, Landwirtschaftliche Entwicklungsbank usw.

Es genügt, die korrupten Machenschaften der Industriellen Entwicklungsbank - die lediglich Kredite an nimmersatte Saigoner Cliquen und chine-

sische Großhändler vergibt, deponierte Patente stiehlt – sowie anderer Entwicklungsinstitutionen ein wenig unter die Lupe zu nehmen, um den Betrug zu sehen, der hinter phantastischen Entwicklungsprogrammen steht. Weil Kredite grundsätzlich nur an korrupte und unkompetente Interessengruppen verschleudert werden, findet man überall in der Gegend Saigons, das praktisch 95 Prozent aller finanziellen Mittel verschlingt, Fabriken, die entweder wie Museen aussehen oder eine Produktion laufen lassen, die nur wettbewerbsfähig bleibt, weil sie sich auf die krasseste Ausbeutung der Arbeiterschaft und skrupellosen Raubbau stützt. Edelhölzer werden abgeholzt, ohne je an Aufforstung zu denken, die Krabbenfangmethoden lassen voraussehen, daß man in wenigen Jahren dort, wo man noch aus dem vollen schöpft, überhaupt nichts mehr finden wird.

Für die eigentliche Entwicklung des Landes und der Bevölkerung wird soviel wie nichts getan. Unter den gegebenen Verhältnissen kann ohne Übertreibung gesagt werden, daß eine Vietnamhilfe an die gegenwärtigen öffentlichen und an von ihnen abhängige religiöse Führer Südvietnams nur negative Folgen zeitigen würde.

Was aber kann *trotz alledem* konkret getan werden? Die Hilfe sollte bis zum vietnamesischen Volk gelangen. Über dieses Grundprinzip besteht bei allen Hilfswerken Einigkeit. Die Verwirklichung dieser Leitidee könnte aber nur bei Beachtung nachfolgender Grundsätze gelingen:

Wie gelangt die Hilfe ans Volk?

► Keine Gelder an die unfähigen und korrupten Führungskräfte des öffentlichen wie privaten Lebens Saigons, deren Entfremdung vom Volk beobachtbare Tatsache ist. Auf keinen Fall sollte man überstürzen, sondern zunächst abwarten, bis sich die politischen Verhältnisse geklärt haben. Das wird mindestens bis Sommer 1973 dauern.

Privatorganisationen, die wesentlich freier sind, sich einen geeigneten Partner zu suchen, müßten unbedingt darauf achten, nur mit Kräften zusammenzuarbeiten, die in Kommunikation mit unterprivilegierten Bevölkerungskreisen stehen und deren Interessen tatkräftig vertreten. Diese Kräfte sind meist Randgruppen religiöser Gemeinschaften (das heißt Gruppen, die von den «Offiziellen», wegen ihrer sozialen Tätigkeit als prokommunistisch verdächtigt, links liegengelassen werden) sowie einige private Institutionen und Gemeinschaften.

Ein konkretes Beispiel soll die Sachlage beleuchten: Der vietnamesische Caritaspräsident, Bischof *Chi*, sammelt in aller Welt für Entwicklungsvorhaben, um wie andere Bischöfe das katholische Getto mit potemkinschen Fassaden zu bereichern: Kathedralen, Seminarien, Dispensarien, Schulen und Lehrbetriebe, dank derer die Erziehung zu ausbeuterischen und volksverdummenden Profitmachenschaften verlottert. Eine dynamische Priestergruppe in der Gegend von MY-LAI, die wohl in Vietnam zu den durch den Krieg mitgenommensten Gebieten gehört, ist dabei, Fischereikooperativen und andere Sozialwerke zu schaffen, hat jedoch nie Aussicht, an den großspurig proklamierten Entwicklungsfonds der Bischöfe heranzukommen oder an die Kredite der katholischen Dai-Nan-Bank, die diese nur kreditwürdigen Reichen zuschieben.

► Um nicht, wie bisher, Millionen vom grünen Tisch ins Blaue zu verpulvern, bedarf es einer ernsthaften Bemühung, gründliche Informationen über die wahren Verhältnisse und konstruktive Möglichkeiten der Vietnamhilfe an Ort und Stelle einzuholen.

Gelegentliche Spritztouren europäischer Abgesandter sind völlig unzulänglich und enden meist in Illusionen, da alles andere als volksnahe und fortschrittliche Kräfte dabei kontaktiert werden. Die nachfolgende Schreibtischarbeit verstärkt mit dem Grad der Perfektionierung dann höchstens noch die eingefangene Illusion.

Wer wirklich helfen will, kann dies nicht ohne einen zuverlässigen, permanenten Kontakt im Land, der neben kritischen Informationen auch eine Kontrollfunktion über die Verwendung der Hilfe an Ort und Stelle ausübt. Hier können vor allem Kontaktorganisationen und -personen behilflich sein, die ein Entwicklungskonzept haben und ortskundig sind. In Vietnam könnten vor allem folgende Stellen Kontakte und Projekte vermitteln:

Social Economic Development in Vietnam (SEDEV), 351/51A Truong Minh Giang, Saigon 3;

Bouddhist Youth for Social Service (Phong Trao Thanh Nien Phung Su Xa Hoi), 104 Lo-N, Chung Cu Minh Mang, Su Van Hanh, Saigon 5;

World Council of Churches – CICARWS, 44 Ngo Thoi Nghiem, Saigon 5.

► Katastrophenhilfe hat nur einen Sinn, wenn diese im Hinblick auf eine strukturverändernde Entwicklungshilfe konzipiert wird. Schluß mit Verteilen! Ehe die Kriterien einer solchen Entwicklungshilfe genannt werden, ist es auch wichtig, einmal zu sagen, daß die Indochinahilfe *gerecht auf die Regionen aufgeteilt* werden müßte. Nordvietnam, Laos und Kambodscha haben im Vergleich zu Südvietnam, das immer den Löwenanteil von Hilfen bezog, dringlichere und höhere Bedürfnisse.

Kriterien effektiver Entwicklungshilfe

Die kulturellen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kriterien der Entwicklungshilfe lassen sich folgendermaßen umschreiben!

► Kulturelle Befreiung von kolonialer Entfremdung durch Förderung schöpferischer Produktion. Unter Entwicklungshilfe darf nicht weiterhin Versklavung an unangepaßte, importierte Lösungen und unüberlegte Reproduktion (Imitation) überholter europäisch-amerikanischer Modelle verstanden werden.

Um nur ein konkretes Beispiel auf dem *Gesundheitssektor* zu nennen, in dem die Mißstände besonders offenliegen: Es handelt sich darum, den entfremdenden, entwurzelnden Import westlicher Medizin (von fertigen Spitälern bis zu Medikamenten) zu stoppen und die reichen sino-vietnamesischen Traditionen der lokalen Medizin zu einer neuen, angepaßten *Volksmedizin* zu entwickeln. Unter den vorgegebenen Verhältnissen können jedoch diese Initiativen und Impulse nur von marginalen Randgruppen, die sich über das vorherrschende Gesundheitswesen hinwegsetzen, erwartet werden.

► Soziale Gerechtigkeit durch Hilfe für unterprivilegierte Randgruppen. Besonders die Landbevölkerung und die ethnischen Minderheiten müßten Unterstützung finden, dagegen müßte verhindert werden, bestehende Monopole und Privilegien von Gruppen (z. B. die antikommunistische, katholische und überprivilegierte Minderheit Südvietnams) weiterhin auszubauen. Konkret könnte dies durch einen für Habenichtse offenstehenden Entwicklungsfonds, der von den genannten Organisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit tatkräftig einsetzen, effektiv verwaltet wird, ohne Komplikationen verwirklicht werden. Vor allem Anstrengungen in der Richtung von Gemeinschaftsprojekten müßte volle Unterstützung gewährt werden: Rücksiedlungen von Flüchtlingen, Gründungen von Fischereigenossenschaften usw.

► Politische Demokratisierung durch beispielgebende Projektträger. Es wurde bereits angedeutet, daß nur Personen als Hilfspempfänger in Frage kommen dürften, deren demokratische Lebensweise erwiesen ist. Also weder Mandarine noch Technokraten, sondern Leute, die aktiv mit unterprivilegierten Gruppen arbeiten. Die richtigen Leader ausfindig zu machen, setzt allein schon langwieriges Suchen voraus, ist aber unabdingbare Voraussetzung erfolgreicher Entwicklungshilfe, da nur im Ausnahmefall etablierte Führer des entwicklungsfeindlichen Gesellschaftssystems in Frage kommen.

► Hilfe zu wirtschaftlicher Selbständigkeit durch maximale Ausnutzung lokal vorhandener Möglichkeiten. Von kostspieligen wirtschaftskonformistischen Vorstellungen müßte zugunsten eines wesentlich realistischeren Pluralismus abgegangen werden. Nur so ist es den Vietnamesen möglich, aus eigenen Kräften eine Zukunft aufzubauen und einen Platz auf dem Weltmarkt zu finden. Konkret könnte man im deutschen Sprachraum helfen, indem man vietnamesische Produkte aufkauft und produktionsreife Erfindungen durch technische Hilfe zur Fabrikation weiterfördert.

Ich denke da an einen Vietnamesen, der in jahrelanger Arbeit neben anderen Erfindungen qualitativ einwandfreie Baumaterialien aus Abfallprodukten wie Reisstroh und aufgeschlagenen Kokosnüssen entwickelt hat, dem es jedoch an einer Maschine – einer Großpresse – fehlt, um die Produktion von billigen und klimatisch angepaßten Fertighäusern aufzunehmen.

Unter den angeführten Voraussetzungen ist es durchaus möglich, selbst mit bescheidenen Mitteln bei ungünstigen Verhältnissen in Südvietnam eine effektive Entwicklungshilfe zu leisten. Es liegt letztlich doch an uns, ob diese Chance genützt wird.

Franz Richter, Saigon

Missions- und Entwicklungshilfe aus kritischer Sicht

Mit den angriffigen «Kriterien» aus Vietnam (siehe oben) bewaffnet, steige ich die sieben Holztreppe zu den Büros des Schweizer «Fastenopfers» an der Habsburgerstraße in Luzern hinauf. Direktor Meinrad Hengartner, gerade von einer Ostasienreise zurück, ist über diese Grundsätze keineswegs verblüfft. Er sagt uns dazu folgendes: «Ich halte diese Kriterien nicht nur für richtig, sie entsprechen sogar, wenn auch nicht wortwörtlich, so doch der Absicht nach, genau den Prinzipien, mit denen wir – auch in den andern Zonen der Dritten Welt – versuchen, unsere Entwicklungshilfe anzusetzen. Aber, ob es um den Katastrophenfall (wie jetzt in Vietnam) oder um allgemeine Entwicklungshilfe geht, die Schwierigkeit besteht darin: Gelangen wir über die Strukturen, über die wir die Hilfe bisher gaben und oft auch heute noch geben müssen, bis an die Basis? Es ist zwar durchaus verständlich und sinnvoll, wenn der Weg über vorhandene Strukturen (z. B. Bischöfe, Bischofskonferenzen) gewählt wird, die ja immerhin spielen könnten, wenn sie den richtigen Geist hätten. Wo aber ein katholisches Getto mit potemkinschen Fassaden ausgeschmückt wird (wie es oben frech heißt, aber in vielen Fällen stimmt es!), da kann man nur entschuldigend sagen, die einheimische Kirche und die sich aufbauende Kirche in der Dritten Welt ist ein gelehriger Schüler des Meisters geblieben. Wir haben ihr ja nichts anderes gezeigt und wir lösen uns ja selber aus diesen Strukturen nur aufgrund einer Zwangslage: Weil wir nicht mehr die nötigen Mittel und Kräfte haben, beginnen wir zu fragen, ob die Kirche auch leben könnte, ohne daß man «katholisch geboren, erzogen und begleitet» wird. Wir hören damit auf, weil wir nicht mehr können, sie fahren damit fort, solange sie noch können.»

Was sollten wir aber wirklich tun?

«Mit Recht heißt es oben, ein zuverlässiger, permanenter Kontakt sollte aufgebaut werden, damit die Gruppen, die an der Basis arbeiten, entdeckt werden. Solche Kräfte gibt es nämlich überall, aber die Kommunikation ist schwierig und die Distanz zwischen Hierarchie und Basis ist in vielen Ländern der Dritten Welt noch viel größer als bei uns. Gerade im Fernen Osten existiert die Kirche wesentlich als hierarchisches Gerüst mit einem sehr, sehr kleinen Fußvolk. Ein typisches Beispiel bildet Korea: Unter einer voll errichteten Hierarchie entwickelte sich nach dem Krieg eine «Hilfsgüter-Christenheit» (Relief-christianity). Sie wuchs in deutlicher, ja massiver Proportion zum Wachstum der Hilfsgüter, und so war es nicht nur in Korea, sondern auch in Taiwan und teilweise in Japan. Die Hilfstätigkeit hatte für die Kirche sehr fragwürdige Nebenwirkungen. In einem bestimmten Augenblick hieß es jeweils: Hier ist Frühling des Christentums. Der Frühlingsparole entsprechend, den «Stecken groß genug zu machen», wurden unverhältnismäßig große Gebäude errichtet, und dies an unverhältnismäßig vielen Stellen zugleich. In Korea kam ich mir manchmal wie

in den katholischen Stammländern vor, so viele Kirchen waren zu sehen (von einem bestimmten Platz aus waren es fünf), wobei es beim geringen Prozentsatz der Christen (2,5 Prozent) zunächst keine Rolle spielt, daß die Gebäude zum Teil anderen christlichen Gemeinschaften gehören. In einer einzigen katholischen Mission wurden innerhalb von zehn Jahren in achtzehn Dörfern Kirchen errichtet. Die gesamte katholische Infrastruktur plakatiert geradezu das Geld, das hier einfloß, sodaß sich jeder fragen muß, was tut denn eine Kirche mit soviel Gebäuden und soviel Geld? Vom Image einer dermaßen reichen Kirche gezeichnet, zog dann der sehr fragwürdige «zweite Frühling» herauf: der Zustrom zu den geistlichen Berufen, zu Klöstern und Priesterseminaren. In einem Kloster, das ich besichtigt habe, und das ich nicht anders denn als eine Steinwüste beschreiben kann, sprach mir die Oberin offen von den «seelischen Erdbeben», die es bei ihren Schwestern gebe. Zuerst von der «Pracht» der Gebäude mit ihren weiten Gängen angezogen, fühlen sie sich früher oder später von ihrem Volk entfremdet. Der Begriff vom «einheimischen» Nachwuchs an Priestern und Ordensleuten (mit dem man bekanntlich Staat gemacht hat), ist damit sehr problematisch geworden; denn «heimisch» sind sie am Ende weder in den Lehmhütten ihrer Landsleute noch in den Steinbauten der Mission. Leider scheint mir das ein durchgängiges Problem in all den Ländern zu sein, die ich besucht habe. Ich frage mich – und nicht wenige von den jungen Ordensleuten selber fragten in den Streitgesprächen, denen ich beiwohnen konnte: Was hat heute ein christliches Mönchtum zu bringen, angesichts eines buddhistischen und eines (wenn auch weniger greifbaren) schintoistischen Mönchtums? Wo kommen wir an, wo können wir wirklich von einem Zeugnis für die christliche Botschaft sprechen? So geht es nicht nur um Bauten, die von uns zu finanzieren oder nicht zu finanzieren sind, sondern um den Geist. Ich glaube nicht mehr, daß in europäisch konzipierten Klöstern, auch wenn sie aus lauter Einheimischen bestehen, der Geist der Orden sich erhält, geschweige denn wieder kreativ wird.»

Wie steht es mit dem Gesundheitsdienst?

«Die Spitäler sind ein ähnliches Problem wie die Kirchenbauten. Die Katholiken haben sehr viele Spitäler. Sie sind dermaßen gut ausgerüstet, daß sie zum Beispiel in Korea oder Taiwan die Regierungsspitäler konkurrenzieren und trotz einiger Armenbetten weitgehend nur der Oberschicht und allenfalls der Mittelschicht zugänglich sind. Das wird noch durch Gesetze gefördert, die für jedes Spital mehrere Spezialärzte vorschreiben, so daß nicht einmal mehr der Standard unserer Bezirksspitäler genügt. Die Folge ist eine viel zu geringe Streuung. Es gibt freilich einige Missionsspitäler mit mobilen Equipen, die von einem gewissen Standort aus regelmäßig gewisse Gegenden betreuen. Das ist viel effizienter und auch von den Investitionen her viel preisgünstiger. Aber es sind sehr vereinzelte Beispiele. Hier stellt sich die Frage nach der *Verhältnismäßigkeit der Mittel*. Wieviel Mittel werden in den Immobilismus (feste Gebäude usw.) investiert, in welche Streuung, auch soziale Streuung gelangen sie? Das hat wiederum mit dem Zeugnis, dem Spezifischen des Christlichen zu tun, wenn diese Spitäler nicht von irgendwem, sondern von Kongregationen und religiösen Gemeinschaften geführt werden. Leistet man sich dann den höchsten Standard, zahlt man die höchsten Lohnkategorien und verfügt dabei über Missionsgaben und Missionspersonal: wird dann so ein Spital nicht zum Antizeugnis? Dabei wird es heute erst noch zur finanziellen Last und in seiner Fragwürdigkeit zur Belastung für jüngere Ordensschwester.»

Nach allem scheint es eher klar zu sein, was wir nicht mehr tun sollten, als was wir heute tun können? Zum Beispiel hinsichtlich der «Kanäle», die bis zur Basis gelangen.

«Die Möglichkeiten sind andere in Lateinamerika: da wissen wir, wo Basisgruppen am Werk sind. In Ostasien allerdings,

wo die hierarchischen Strukturen ebenso wie der Immobilismus großer Bauten vorherrschen, ist es schwieriger. Aber es stimmt: beim Fastenopfer sind wir uns auf jeden Fall klar darüber, daß wir keine Spitäler mehr finanzieren und auch bei Kirchenbauten sehr viel genauer zusehen. Wir sagen den Geschlechtern: Zuerst muß eine Gemeinde da sein, die gemäß ihren Bedürfnissen ihre Eigenmittel mobilisiert; dann wollen wir gerne mithelfen. Allerdings gibt es Geschlechter, die sich nirgends abweisen lassen. Wird ein solches Projekt von unserer Expertenkommission abgelehnt, so gelangen Pater X oder Schwester Y kurzerhand an die heimatische Kirchengemeinde und erhält meist ohne eingehende Prüfung das gewünschte Geld. Neuerdings gelangen allerdings auch Kirchengemeinden an unseren Projektsservice.»

Wie funktioniert der Projektsservice?

«Es handelt sich um eine Prüfstelle, die acht Hilfswerke gemeinsam unterhalten. Aus den von unserer Expertenkommission geprüften und gebilligten Projekten wird den Interessenten je nach ihren Wünschen eine Auswahl zugeschickt, die ihnen erlaubt, ihre Entscheidung auf der Basis sicherer Informationen zu treffen. Erfreulicherweise nimmt die Zahl der Kirchengemeinden zu, die den Dienst unseres Projektsservice in Anspruch nimmt. Im vergangenen Jahr wurden über Kirchengemeinden Projekte im Wert von insgesamt einer Million Schweizerfranken finanziert.»

Welchen Projekten würden Sie persönlich den Vorzug geben?

«Mir geht es vor allem um neue Formen kirchlicher Präsenz. Das bisherige starre Prinzip von Pfarreien und Stationen mit ihrem Immobilismus hat sich überlebt. Wir brauchen mehr

Spezialisten für die Massenmedien, für Erwachsenenbildung, für Missions- und vergleichende Religionswissenschaft. Vor allem aber vermisse ich Versuche neuer Präsenz in der Form wirklich einheimisch gewachsener religiöser Gemeinschaften, die man einfach entstehen läßt. Bei uns ist ja im Grunde die einheimische Kirche noch stumm. Ich muß da an die Weltmissionskonferenz von Bangkok denken. Für mich ist sie ein Signal: denn da kamen die einheimischen Kirchen zum Sprechen und es gab eine echte Auseinandersetzung. Die Forderung der einheimischen Vertreter war: Stoppt für eine Zeit mit Geld und Personal, daß wir unterdessen wir selber werden!»

Also Pause für das Fastenopfer?

«Das (Stop) richtet sich nicht zunächst an die Hilfswerke, sondern viel eher an die in den Missionen wirkenden Gemeinschaften, von ihrer Hektik abzulassen und den einheimischen Kräften Zeit und Raum zu geben. Die Stimmen von Bangkok sind Signal und Prophetie: sie sollen uns alle zum Nachdenken, zum Suchen und zum *besseren Spenden* bewegen. Die spendenden Gläubigen, so sage ich oft, sind ja recht gläubige Spender. Wir geben uns im Fastenopfer mit solcher Gläubigkeit nicht zufrieden. In meinen Vorträgen schockiere ich oft, und so meinen wir auch mit der neuen «Agenda» (deutschsprachige Auflage 1,3 Mio) nicht nur zum Spenden, sondern zum Denken und Umdenken anzuregen. Wie es aber im Leben keinen Stop geben kann, so auch nicht im Geben.»

Ich schied mit dem Eindruck von kühner Selbstkritik. Wird sie der Gebefreudigkeit nicht gefährlich sein? Oder macht sich das Fastenopfer nicht gerade dadurch glaubwürdig, daß man dort die Bedenken vieler artikuliert und so erst ihr Vertrauen neu gewinnt? Kritischer und aufrichtiger Verstand hat sich auf die Dauer noch immer bezahlt gemacht. L. K.

LIN PIAO UND DIE AUSEINANDERSETZUNG AN DER BASIS

Schon längere Zeit rätselt man im Westen, was wohl die Ursache für den plötzlichen Wechsel in der chinesischen Außenpolitik gewesen sein möge, die sich nach jahrelanger Isolation ganz unerwartet wieder zu einer gewissen Öffnung gegenüber dem Westen entschloß. War dies die Folge einer Veränderung im chinesischen Führungsgremium?

Auf einem Bankett, das am 8. März 1973 der Pekinger Nationalversammlung gegeben wurde, zitierte Ministerpräsident *Tschou En-lai* den Parteivorsitzenden *Mao Tsetung*, der gesagt habe, daß die Chinesen leicht Zeichen des Konservatismus und des Fremdenhasses an den Tag legten, indem sie sich zum Beispiel weigerten, Ausländer zu heiraten, und daß sie schon wegen ihrer Zahl dazu neigten, sich in ihrer eigenen Kollektivität einzuschließen. *Mao Tsetung* finde, daß ein solches Verhalten mit dem Geist des Internationalismus und den Interessen der Weltrevolution unvereinbar sei. Und es ist kein Zufall, daß *Tschou En-lai* in der gleichen Rede auch auf den gestürzten Marschall *Lin Piao* (in welchem man einst den Nachfolger *Mao Tsetungs* gesehen hatte) und dessen Anhänger, worunter auch den Parteideologen *Tschou Po-ta*, zu sprechen kam, die er nun für den während der Kulturrevolution grassierenden Fremdenhaß verantwortlich machte. Der Ministerpräsident ging sogar so weit, sich öffentlich bei den ungerecht behandelten Ausländern zu entschuldigen und eine Reihe von den inzwischen Ausgewiesenen zur Rückkehr nach China aufzufordern.

Im vorliegenden Artikel versucht Dr. JEAN-PIERRE VOIRET die Hintergründe und die eigentlichen Ursachen für den Sturz des einst mächtigen Marschalls *Lin Piao* aufzuzeigen, welche heute für die chinesische Politik so maßgebend geworden sind. Dr. Voiret weist auf, daß es sich hierbei nicht bloß um eine Änderung innerhalb des chinesischen Führungsgremiums handelt, sondern vielmehr um eine Bewegung innerhalb des ganzen Volkes: um eine Auseinandersetzung an der Basis, in dialektischer Wechselwirkung mit der Führungsspitze. R. H.

WÄHREND VIELER JAHRE war es nach der Gründung der Volksrepublik China in den westlichen Presseorganen üblich, Aussagen über dieses Land mit unzähligen Fragezeichen zu schmücken. Dafür gibt es diverse Gründe:

- Unkenntnis der verfügbaren Quellen, teils aus Ignoranz, teils auch aus antikommunistischen Ressentiments heraus,
- Fehleinschätzungen der relativen Wichtigkeit der vermittelten Nachrichten (so wurden in der Tagespresse Serien von Artikeln veröffentlicht, die sich mit der jeweiligen Rangfolge von Parteigrößen auf den Tribünen bei Großkundgebungen beschäftigten, nie jedoch mit der sehr stark ansteigenden Zahl ausgebildeter Ingenieure und Techniker in den fünfziger und sechziger Jahren),
- Mangelnde Information über die wirtschaftlichen Grundlagen des chinesischen Reiches,
- Fehlende Kenntnis der marxistischen Grundlagen,
- Verleugnung der Tatsache, daß es neben einer politischen Willensbildung von oben auch eine breite politische Willensbildung von unten gibt,
- Vertrauensmangel in die eigenen Hauptinformationsquellen: Hongkong und Taiwan.

So konnte es geschehen, daß die Berichterstattung über die Kulturrevolution oft die lächerlichen Formen annahm, die man kennt, und daß der an China ernsthaft Interessierte immer wieder den Kopf zu schütteln hatte über Meldungen wie «totales Chaos in der Wirtschaft», «katastrophale Lage in der Landwirtschaft», «Zerfall der politischen Strukturen», «Rückschlag in der Wissenschaft» und anderes mehr. Kenner jedoch wurden später nicht überrascht, als trotz der «Stagnation der Forschung» ein Satellit hochgeschossen wurde, als die neu zur Verfügung stehenden spärlichen Statistiken nichts vom angeblichen Wirtschaftschaos bestätigten und als eine leistungsfähige elektronische Datenverarbeitungsanlage an der Kantoner Messe nicht etwa als Prototyp, sondern zum freien Verkauf ausgestellt wurde.

Die Überraschung von 1971

Inzwischen ist aber ein Ereignis eingetreten, das alle überrascht hat, bürgerliche wie marxistische Beobachter, Laien wie Kenner: der Sturz und Tod des Marschalls *Lin Piao* im September 1971.

Damals erregte dieser Vorfall großes Aufsehen, heute scheint er bereits wieder vergessen, obwohl gerade dieses Ereignis plötzlich deutlich werden ließ, daß nicht nur Spannungen innerhalb der chinesischen Führungsschicht, sondern auch innerhalb des Volkes zwischen sogenannten «Gauchistes» und den Anhängern einer Konsolidierung bestanden. Im Grunde genommen ging es um weit mehr als bloße «dunkle Machtintrigen im Palast» über den Kopf eines stumm dahinvegetierenden, politisch uninteressierten Volkes hinweg. Inzwischen mußte man auch im Westen zur Kenntnis nehmen, wie intensiv die politische Diskussion auf Brigade-, Kommune- und Provinzebene geführt wird, was auf die Parteileitung von ganz entscheidendem Einfluß ist. Natürlich bedeutet dies auch nicht, daß Parteileitung und Regierung nur ausführende Organe des Volkswillens darstellen. Es besteht auch hier eine eindeutige Wechselwirkung.

Um den Fall Lin Piao zu verstehen, muß man die Ereignisse auf dem Land berücksichtigen und die Konflikte, Anpassungen und Änderungen seit der «Kulturrevolution» verfolgen.

Verselbständigung der chinesischen Volksarmee

Die kulturelle Revolution hatte in der ganzen Nation die leitenden Gremien der verschiedenen administrativen Gruppierungen (z.B. Brigaden, Kommunen) inklusive der Parteikomitees erschüttert, die Volksarmee jedoch verschont, so daß diese durch die Schwächung der Zivilkontrolle viele Schlüsselpositionen allmählich an sich reißen konnte. Zwar durchdringen sich Armee und Volk in China recht stark, und die Armee steht – wie es übrigens gerade Lin Piao ausdrücklich betonte – grundsätzlich im Dienste des Volkes, aber gleichzeitig ist sie auch etwas Eigenständiges mit Eigeninteressen. Als die neuen Revolutionskomitees organisiert wurden, bekamen Militärs oft leitende Posten. Einige Lokalkader behielten allerdings verantwortliche Aufgaben, aber meist wirtschaftlicher oder verwaltungstechnischer Natur. Die Jungen aus den Massenorganisationen ihrerseits sahen sich allmählich aus den beschlußfassenden Organen entfernt. Am Ende dieses langen Prozesses war faktisch die Macht des Militärs – wenn auch nicht unbedingt gegen die Interessen des Volkes – auf dieser Ebene beinahe unumschränkt geworden.

VIATOURS

Afrika-Studienreise

Besuch von Missionsstationen und Entwicklungshilfe-Projekten in Daressalam, Ifakara, Mongu, Gwelo, Gokomere, Driefontein u. a.
Leitung: Dr. Erich Camenzind, Generalsekretär des Schweiz. kath. Missionsrates, Freiburg

14. Juli bis 4. August

Fr. 4480.— (alles inbegriffen)

Verlangen Sie bitte den Spezialprospekt bei

Viatoours, Habsburgerstrasse 44

6002 Luzern, Telefon (041) 23 56 47



Die Komitees der Volksarmee wurden zum Zünglein an der Waage: ihr Wille entschied letztlich fast immer über Annahme oder Ablehnung. Doch mit der Zeit begann sich auf dem Land wieder das Bedürfnis nach kollegialen Beschlußfassungsgremien zu regen und dem Prinzip des demokratischen Zentralismus erneut Geltung zu verschaffen. Man wollte das Quasi-Machtmonopol des Militärs – nicht aber seine Mitverantwortung – reduzieren. Die nationale Volksarmee sollte wieder lediglich eine Abteilung des lokalen Parteikomitees darstellen.

Relativierung des politischen Primats

Es dauerte jedoch bis zum Jahre 1971, daß sich das Zentralkomitee genötigt sah, sich mit dieser neuen Entwicklung auseinanderzusetzen. Die Aufgabenkreise der Armeeingehörigen begannen sich wieder zu teilen. Viele Kader behielten zwar ihre Zivilverantwortung, mußten sich aber der kollegialen Führung des Provinzkomitees unterordnen; die übrigen, die sich der Miliz direkt widmen, erhalten ihre Anweisungen von der Militärverwaltung. Die zivilen Kader kamen nun wieder vermehrt zum Zuge. Die während der «Kulturrevolution» kritisierten und umgeschulten Führungskräfte erhielten wieder verantwortliche Stellungen. Manchmal – seltener – lösten sie sogar auf der Ebene der Volkskommunen die Mitglieder der Volksarmee ab.

Von der Idee eines absoluten, undifferenzierten Primats der Politik geleitet, einer Idee, die man heute Lin Piao nachsagt, hatten die Militärs oft die technischen Aufgaben der Produktion vernachlässigt. Die Ansicht setzte sich neuerlich durch, daß Politik und Produktion eine Einheit darstellen und daß die Militärs die Mechanismen der Produktion bei denjenigen zu lernen hätten, die sie wirklich kennen.

Es versteht sich von selbst, daß diese Ansichten bei gewissen Schichten der Armee auf Widerstand stoßen mußten und daß sie andererseits in der Bevölkerung selbst Gegenstand eifriger Diskussionen wurden. Man darf sich den dargestellten Prozeß nicht als eine geradlinige Änderung vorstellen. In den neubesetzten Gremien verlief ebenfalls nicht alles ohne Probleme: die einen wollten zu viel und zu schnell verändern, die andern (früher kritisiert und ausgeschaltet) waren vorsichtig geworden und zeigten dementsprechend keinen Übereifer. Aber die Änderungen gingen voran, und die Waage neigte sich eindeutig auf die Seite der Konsolidierung.

Auswirkungen für die bäuerliche Bevölkerung

All diese Ereignisse sind übrigens für die bäuerliche Bevölkerung direkt spürbar geworden. Anfangs der sechziger Jahre ging man in der Landwirtschaft recht radikal voran. So wollte man Privatgärten und das private Heimhandwerk beseitigen, weil man diesen kleinen Privatsektor der Landwirtschaft als «kapitalistische Tendenzen fördernd» einstufte. Oft wurden in den Jahresbudgets die Wünsche zur Erhöhung des Lebensstandards der Bauern zu wenig berücksichtigt. Neuinvestitionen schienen wichtiger. Nicht selten wurde eine egalitäre Entlohnung propagiert und zum Teil eingeführt. Manchmal wurde von den Brigaden auch Kollektivarbeit verlangt, ohne dafür Entschädigungen auszurichten. Man wollte – vielleicht mit zuviel Zwang – den Unterschied zwischen armen und reichen Dörfern ausmerzen.

Die Bauern haben in all diesen Jahren Enormes geleistet, denn diese beschleunigte Kollektivierung ist – wie man heute weiß – ohne wesentliche Einbußen der Produktion vonstatten gegangen. Nachdem jedoch trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse des Jahres 1971 mit ungeheuren Anstrengungen noch eine Ernte erzielt worden war, die das Ergebnis von 1970 leicht übertraf, zeigten sich Ermüdungserscheinungen, und der Enthusiasmus der Bauern geriet ins Wanken. Gewisse Kollektivarbeiten wurden nicht fertiggestellt, einzelne Bauern wandten sich anderen Arbeitsgebieten zu usw.

Dies mag zum Teil die Kehrtwendung gegen die Politik der Volksarmee erklären. Jedenfalls bringt die neue Agrarpolitik dem Bauern wieder mehr Entscheidungsfreiheit und mehr Belohnung.

Die Vorwürfe gegen Marschall Lin Piao

Die Auseinandersetzungen an der Basis fanden ihre Widerspiegelung in den Spannungen zwischen der Leitung der Volksarmee unter Lin Piao und der Partei- bzw. Regierungsspitze. Marschall Lin Piao Politik war – wie bereits bemerkt – eindeutig «linksorientiert» gewesen, was, als ihre Wirkung sich als nicht mehr zeitgemäß erwies, Lin Piao den Vorwurf eintrug, ein «Gauchist» zu sein. Bereits im Juli 1967 kam es zu Auseinandersetzungen auf lokaler Ebene, wie der Wuhan-Zwischenfall beweist. Es wird behauptet, Lin Piao habe die «Ultra-Linken» unterstützt, die den Klassenkampf vermehrt in die Armee tragen wollten. Diesen gleichen «gauchistischen» Kräften werden auch andere Zwischenfälle zur Last gelegt, wie der Brand der englischen diplomatischen Mission oder der Zwischenfall mit Burma. Lin Piao habe diese Kräfte unterstützt, wenn nicht sogar geleitet.

Die Vorwürfe, die sich im Verlaufe des Jahres 1972 in der *chinesischen Presse* gegen Marschall Lin Piao und gegen den Chefredakteur der «Roten Fahne», Tschen Po-ta, einen der führenden Parteideologen, fanden, lassen sich wie folgt belegen und zusammenfassen.

▷ Lin Piao habe die Politik Mao Tsetungs nicht richtig angewandt, so z.B. die sogenannten «16 Punkte von 1966» über die Grundregeln der Kulturrevolution. Er habe «den Kampf bis zum letzten» und den «Angriff ohne Nachsicht» in der Politik propagiert, «übertriebene Strafen» verhängt und «große Massen angegriffen, um kleine Gruppen zu schützen».

▷ Der Marschall habe Spaltungen statt die Einheit auf allen politischen Ebenen gefördert. Dies habe mit zwingender Logik mit verschwörerischer Tätigkeit geendet.

▷ Lin Piao habe eine «gauchistische» Linie verfochten, die von links zu einer gewissen Trennung von Volk und Partei geführt habe, wie einst von rechts die technokratische Linie *Liu Schao-tschis*. (Dieser Vorwurf hat sicher etwas für sich, denn jedes Volk besitzt eine gewisse Trägheit und bedarf eines längeren Reifungsprozesses. Wer ständig eine extreme Politik betreibt, der riskiert, sich von der breiten Masse zu isolieren.)

▷ Aus dem vorangegangenen Vorwurf leitet sich der folgende ab, daß Lin Piao die Massen unterschätzte: «Er unterschätzte die hohe und dauerhafte Intelligenz des arbeitenden Volkes.» «Er ignorierte die sozialistische Aktivität der Massen.» «Er wirkte einmal rechts, um den Massen die Hände zu binden, einmal extrem links, indem er behauptete, daß alle von den Massen kommenden Ansichten natürlich vernünftig seien und keine Analyse oder Synthese brauchten. Dies ist eine reaktionäre, spontaneistische und opportunistische Haltung.»

▷ Verwandt und komplementär zu obigem ist ebenfalls der Vorwurf des «Idealismus»: Lin Piao wird eine von der Wirklichkeit getrennte Ideologie vorgehalten. «Eine Ideologie, auch die beste, und sei es der Marxismus-Leninismus, ist ohne Wirkung, wenn sie nicht mit der Wirklichkeit in Verbindung steht, wenn sie keinen objektiven Bedürfnissen entspricht. Die politischen Gauner behaupten, erleuchtete Geister lenkten die Geschichte ... Sie verneinen faktisch die Rolle der Volksmassen.» (Auch dieser Vorwurf gegen den «Idealismus» scheint gerechtfertigt, wobei es allerdings offenbleiben muß, wieweit er voll und ganz auf Lin Piao zutrifft.)

▷ Auch der Personenkult um Mao Tsetung wird heute ebenfalls Lin Piao zugeschrieben. Fest steht jedenfalls, daß Mao Tsetung Edgar Snow gegenüber geäußert hatte, er finde diesen Kult schlecht. Es heißt heute in der Presse, «dieser Kult fördert den Dogmatismus und den Formalismus». (Man braucht ja tatsächlich nur an die Stalin-Ära zu denken ...) – Weiter heißt es: «Die politischen Gauner befürworteten das sterile Lesen und Auswendiglernen von Büchern. Man kann aber ganze Seiten von Zitaten auswendig lernen und doch unfähig bleiben, die Methoden des Marxismus-Leninismus richtig anzuwenden.»

▷ Man wirft Lin Piao ebenfalls vor, er habe die Exzesse gegen ausländische Vertretungen sowie die Zerstörung von Tempeln, Kunstwerken und alten Reliquien befürwortet, die Lehre Maos, «die Vergangenheit erhalten, damit sie der Gegenwart dienen kann», vergessend; er habe auch mit Hilfe der Armee die freie Auseinandersetzung in der Parteileitung blockiert.

▷ Schließlich bezichtigt man ihn auch der verräterischen Verbindungen mit der Sowjetunion. (Hier scheint allerdings höchste Vorsicht geboten, obwohl Lin Piao letzter Flug in Richtung UdSSR als Bestätigung dieser These gelten könnte.) Immerhin bleibt festzuhalten, daß gerade er es war, der nach 1960 die Armee – ganz im Gegensatz zum sowjetischen Modell – zu einer Volksarmee im wahrsten Sinne des Wortes umorganisierte.

Vorrang des Menschen über die Technik

Entgegen allen Anklagen bleibt jedoch die Tatsache zu notieren, daß Marschall Lin Piao Wirken auch durchaus positive Aspekte aufwies. Abgesehen von seinen Erfolgen als militärischer Führer im revolutionären Krieg vor 1949 muß man Lin Piao auch folgende Punkte zugutehalten:

– seine Kritik an Marschall Peng Te-huai, der die Volksarmee nach dem Muster der sowjetischen Roten Armee aufbauen wollte und den er 1959 als Oberbefehlshaber ablöste,

– Lin Piao Leitbild für die Armee: Vorrang des Menschen über die Technik, der politischen Arbeit vor der rein militärischen Fachausbildung, Hilfsbereitschaft und Opfergeist zugunsten des Volkes sowie auch die Demokratisierung der Armee,

– seine Unterstützung des sogenannten «Großen Sprungs nach vorn» und seine Kampagne zum Studium von Mao Tsetungs Werk.

Es ist klar, daß Lin Piao Politik zu einem starken Leistungszwang, zu Puritanismus und Dogmatismus in der Armee führen konnte, nicht weil die Prinzipien an sich falsch waren (nicht zufällig gelangte Lin Piao damit während mehrerer Jahre an die politische Macht), sondern vielmehr, weil der Marschall wohl zu wenig flexibel in der Anwendung, zu wenig Diplomat, zu dogmatisch in seinen Ansichten gewesen sein dürfte. Vielleicht stimmt sogar ein weiterer Vorwurf der chinesischen Presse, wonach ihm seine Machtfülle schließlich «in den Kopf gestiegen» sei und er jedes Maß verloren habe.

Wahrscheinlicher jedoch ist, daß die Armee – bewußt oder einfach durch den Lauf der Dinge – in der Tat nicht mehr ein gesundes Maß an Macht im Land besaß. Tschou En-lai sah sich 1969 sogar veranlaßt, *Edgar Snow* zu sagen, daß die Armee China nicht regiere, «das werde man in den nächsten Monaten feststellen». In der sehr klugen und altbewährten chinesischen Balance der Innenpolitik zwischen Bewegung – Konsolidierung – Bewegung stellte Lin Piao, nachdem er in der Phase der Bewegung (Kulturrevolution) eine nützliche Funktion erfüllt hatte, in der Phase der Konsolidierung eine gewisse Gefahr dar. Schließlich bedeutete die Militarisierung des ganzen Lebens und der ganzen Lokalverwaltung eine objektive Bedrohung für die Psyche des Volkes.

Schüsse am Himmel

Was die letzten Ereignisse anbelangt, die angebliche Verschwörung und den angeblichen Abschuß von Lin Piao Flugzeug, drängt sich Vorsicht auf. Noch immer fehlen klare Informationen. Offensichtlich gelang es Mao Tsetung, Lin Piao auf der Sitzung des Zentralkomitees vom September 1970 in die Defensive zu drängen und die Mehrheit der Mitglieder hinter sich zu bringen. Es wurde vorerst Lin Piao die Möglichkeit der Selbstkritik gegeben. Dieser jedoch scheint darauf nicht eingegangen zu sein. Es wird behauptet, er habe mit Hilfe seines Sohnes ein Komplott geschmiedet, bzw. die Bombardierung eines Zuges geplant, in welchem sich Mao Tsetung auf eine Reise in die Provinz begeben wollte. Gewarnt, habe Mao für seine Reise ein anderes Datum gewählt, während Lin Piao nach dem Scheitern seines Anschlags versucht habe, in die Mongolei zu flüchten. Jedenfalls zerschellte in der Nacht vom 12. auf den 13. September 1971 ein chinesisches Flugzeug auf mongolischem Territorium, und es heißt, Lin Piao sei bei diesem Absturz ums Leben gekommen. Ein chinesischer Sprecher behauptete später, das Flugzeug sei nicht abgeschossen worden. Wie dem auch sei, sicher ist, daß Lin Piao Tod nur den

Schlußpunkt einer weitgespannten innenpolitischen Entwicklung darstellt, an welcher die gesamte chinesische Bevölkerung mitbeteiligt gewesen ist.

Es wird für die Zukunft Chinas vieles davon abhängen, ob die Dialektik der historischen Entwicklung durch Theorie – Pra-

xis – Wechselwirkung und durch Sprung – Konsolidierung – Sprungetappen in der Bevölkerung genügend verstanden und verinnerlicht wird, das heißt, ob die Wahrnehmung der revolutionären Absicht im Bewußtsein der breiten Massen stattfindet.

Jean-Pierre Voiret, Zürich

DER PRIESTER – SOZIALER WANDEL UND KRISE DES GLAUBENS

Nach mehreren Länderberichten zur Priesterfrage¹ bringen wir hier eine Übersicht aus internationaler Sicht. Der sprachgewandte Verfasser, *Gerald J. Phelan S.J.*, ist rund um den Globus mit Priestern und Priestergruppen in persönlichen Kontakt gekommen, als er sich im Auftrag des vatikanischen Sekretariats für die Nichtglaubenden mit dem Problem der Säkularisierung in der westlichen und der Dritten Welt befasste. Er hatte zuvor an kalifornischen Hochschulen Politische Wissenschaft und Theologie gelehrt. Seine von uns aus dem Englischen übersetzte Darstellung will sowohl simplifizierend-moralisierenden Interpretationen, wie der Theorie von der «Übergangszeit», entgegenreten und dazu auffordern, die von Grund auf neue Situation anzunehmen und von da aus zu neuem Denken und Handeln zu gelangen.

Die Redaktion

Über kein Problem in der heutigen Kirche ist schon soviel Tinte verspritzt und sind so viele – oft heiße und einseitige – Diskussionen geführt worden wie über die große Zahl von Austritten aus dem Priestertum und den dramatischen Schwund der Priesterberufe in den letzten Jahren. Soziologen, Psychologen und Theologen haben sich abgemüht, dieses Alarmsignal zu erklären. Trotzdem gehen die meisten Erklärungen nicht hinter ein oder zwei «Ursachen» zurück. So gilt es im folgenden, die nötige Öffnung zu einer breiteren Sicht zu versuchen: die verschiedenen Faktoren sollen im Kontext des gegenwärtigen kulturgeschichtlichen Prozesses in den Blick kommen.

Dabei ist eines zu beachten: Die einzelnen Elemente dieser Analyse können nicht in einem Schema von Ursachen und Wirkungen verstanden werden; vielmehr handelt es sich um soziale Faktoren und geschichtliche Strömungen, die das Klima der Unsicherheit bedingen und den Priester seinen Glauben als erschüttert erfahren lassen. Die völlig neuen Entwicklungen in der bürgerlichen Gesellschaft und in der Kirche stehen in einer Wechselbeziehung, die in ihrem kumulativen Effekt meistens ungenügend gewürdigt wird.

Die Faktoren sind so vielfältig und komplex, daß ihnen eine schematische Rangordnung nicht gerecht wird, und ihr «Wichtigkeitsgrad» variiert je nach der Umwelt und der Eigenart des einzelnen Priesters. Hier soll aber gerade die Vielgestalt und Häufung der Faktoren zur Darstellung gelangen.

Übergangsperiode?

Man bezeichnet unsere Zeit oft als Übergangszeit, in der Meinung, daß alles sich bald beruhigen wird. Dies ist bloßes Wunschdenken und kann eine gesunde Stellungnahme zum Priesterproblem nur beeinträchtigen. Die Übergangsperiode ist längst vorüber. Das Zweite Vatikanische Konzil darf als Höhepunkt und Ende dieser «Übergangsperiode» betrachtet werden. Es gilt, die gegenwärtige Situation zu akzeptieren: Am Rande eines Atomkrieges oder eines weltweiten ökologischen Desasters leben wir seit dem Konzil unter Bedingungen, die verhältnismäßig dauerhaft sein werden. *Wandel* ist das zentrale Faktum unserer Zeit. Wir müssen uns an dieses Faktum permanenten Wandels gewöhnen und lernen, damit zu leben.

¹ Vgl. in diesem Jahrgang Nr. 1, Seite 10 f. (Frankreich), Nr. 2, Seite 18ff. (Indien), ferner in Jhg. 1972: 6/66 und 8/90 (Bolivien), 22/259 (Argentinien) und 23/24, S. 273 ff. (Ungarn), sowie den Hinweis in 7/88 (Wien). Für den Background von politischen und innerkirchlichen Konflikten erinnern wir ferner an unsere Berichte über Mexiko, Spanien und Holland (Red.).

Kritik aller Autorität

Kritik an der Autorität spielte immer eine wichtige Rolle in der Kirchengeschichte und hatte darin eine positive Funktion. Man erinnere sich bloß an Katharina von Siena, an Papst Cölestin und an Dante, der zeitgenössische Päpste und Könige ins Fegefeuer und in die Hölle versetzt hat.

Diese Kritik geschah in der Vergangenheit innerhalb einer relativ statischen Gesellschaftsordnung, wo die Rollen des Papstes, des Bischofs, des Königs und des Priesters ihren Wert behielten, wenn auch jeweilige Träger der Autorität kritisiert wurden, weil sie sich des Amtes unwürdig erwiesen. Ein König konnte beispielsweise gewaltsam abgesetzt oder getötet werden, ohne daß damit die Monarchie abgeschafft sein sollte. Eine solche Unterscheidung von Amt und Träger des Amtes ist in der heutigen dynamischen Gesellschaft nicht so leicht. Man hat zu viele «ewige» Institutionen zerbröckeln gesehen (etwa das Ancien Régime, das Zarenreich, die Kolonialmächte, die weltliche Macht des Papstes), als daß die «Ewigkeit» und Notwendigkeit von irgendeiner Institution noch als selbstverständlich hingenommen würde. Westeuropa hat überdies die Erfahrung mit dem Faschismus und dem Nationalsozialismus gemacht, wo höchster Autoritätsanspruch durch den Mißbrauch totaler Macht in Mißkredit geriet. In den Köpfen vieler hat sich dieser Vertrauensschwund auf alle faschistischen und totalitären Staaten ausgedehnt, wobei er in der Dritten Welt entscheidend zu den Befreiungsbewegungen von der Kolonialherrschaft geführt hat. Infolge von all dem haben es heute die Leute leichter, Autorität und Gesetze von Regierungen zu mißachten, deren Politik sie mißbilligen, als je in den Zeiten zuvor, da Majestätsbeleidigung ein schweres Verbrechen war. Dazu kommt die romantische Verherrlichung der «Widerstandspriester» unter den Nazis, was die darauffolgende Romantisierung jener Priester erleichterte, die sich den «Befreiungsbewegungen» verschrieben. Die Brüder *Berrigan*, *Camilo Torres* und die «Guerilla-Priester» sind konkrete Illustrationen dieses sich immer mehr ausbreitenden Phänomens. Wurde früher in einem Konfliktfall zwischen einem Priester und seinem Vorgesetzten die Autorität des Pfarrers, des Bischofs, des Ordensobern oder des Papstes als solche für gewöhnlich kaum in Frage gestellt, so ist das heute ganz anders. In einer Welt, die gegen alle Autorität argwöhnt, besonders gegen eine Autorität, die das «Recht» auf blinde Untertanentreue und unterwürfigen Gehorsam beansprucht, müssen harte, willkürliche oder unbegründete Forderungen, mögen sie nun von einer zivilen oder kirchlichen Autorität stammen, auf einen Priester mehr als je zuvor entfremdend wirken.

Politisches Engagement

Das politische Engagement von Priestern in Protestbewegungen scheint, einer inneren Logik gemäß, sich auf eine Radikalisierung zuzuspitzen. Diese Entwicklung kann man leicht nachzeichnen: Zuerst erhebt man die Stimme zur Unterstützung eines politischen Protests in jenen Formen, die legal und sozial noch akzeptiert sind, wie Bürgerrechtsmärsche und Demonstrationen gegen den Krieg; schon dies weitet sich aber allmählich aus zur Satire und zur Beschimpfung politischer Führer sowie zur Verunehrung der Nationalflagge, was angeblich als «akzeptabler» Ausdruck politischen Protests gewertet werden

soll. Von da ist der Schritt zur Zerstörung öffentlichen Eigentums klein. Mit zunehmender Radikalisierung findet es ein solcher Priester logisch, weiterzugehen und heimlich oder offen radikale und revolutionäre Gruppen zu unterstützen. Bald ist er nur noch einen Schritt von der aktiven Teilnahme an Guerilla-Aktionen entfernt. Ohne es vielleicht zunächst beabsichtigt zu haben, geraten so einige Priester unter die Terroristen und werden zu Helfern und Teilnehmern an Sabotageakten, wenn nicht an politischem Mord; Männer, die kraft ihrer Weihe zu Zeugen evangelischer Werte, wie Versöhnung und Feindesliebe, und zu Boten des Friedens Christi für die Menschen bestellt waren.

Diese innere Dynamik zur Radikalisierung ist noch verstärkt durch die vermutete – teilweise wirkliche – Mittäterschaft der Kirche an den Verbrechen des Staates. Oft gehörte Anschuldigungen dieser Art sind etwa folgende: Papst Pius XII. und die Judenausrottung durch die Nazis, die deutschen Bischöfe und Hitler, der italienische Klerus und die Eroberung Abessiniens, die französischen Bischöfe und die Grausamkeiten der Franzosen in Algerien, die amerikanischen Bischöfe und sowohl der Vietnamkrieg wie die Rassenfrage (nicht zu reden von ihrem Schweigen über Hiroshima und die maßlosen Bombardierungen deutscher Städte), die portugiesischen Bischöfe und Angola, die lateinamerikanische Kirche und die «herrschende Elite», südafrikanische Bischöfe und «Apartheid», die orthodoxe Kirche und die Zaren, aber auch, ironischerweise, die neue Anklage gegen dieselbe Kirche wegen stillschweigender Ergebenheit angesichts kommunistischer Verfolgung.

Zu dieser Liste kommen Erscheinungen wie etwa die «Untergrundkirche», die offene Demonstration gegen Bischöfe oder der öffentliche Protest gegen die päpstliche Lehre über die Geburtenkontrolle. So ist es keineswegs schwer, die Hierarchie wegen ihrer politischen Haltung in Einzelfragen herauszufordern und schließlich die Autorität der Bischöfe, der Kurie und des Papstes überhaupt in Frage zu stellen. Entlang dieser Linie kann es dann irgendwo zu einer ernsthaften Glaubenskrisen kommen und, als häufige Folgeerscheinung, zum Austritt aus dem Priestertum oder aus dem Ordensleben.

Innen- statt Außensteuerung

Auf Grund seiner bisherigen Formung entwickelt sich der Priester zu einem «außengesteuerten» Wesen. Da er von anderen geleitet wird, erwartet er die wichtigsten, ihn betreffenden Entscheidungen von der Autorität. Gehorsam wird so zur christlichen Haupttugend, was in einer relativ *statischen* Gesellschaft wenig Schwierigkeiten bietet, zumal wenn die katholische «Getto-Situation» dazukommt. Eine solche kann es sowohl unter verachteten oder verfolgten katholischen Minderheiten wie – ironisch verstanden – in katholischen Ländern mit kirchlichem Einfluß auf die «herrschenden Verhältnisse» geben. In einer *pluralistischen* Gesellschaft, die eine wandelbare Situation voraussetzt und auch zu ihr beiträgt, ist eine solche Ausbildung ungeeignet und sogar von gegenteiliger Wirkung. Die Herausforderungen, die an den Priester heute ergehen, sind zu vielfältig, als daß er von Autoritätsentscheidungen abhängen oder gar auf solche warten könnte. Gefordert von allen Seiten, muß er einen reifen und verinnerlichten Glauben haben, und seine Persönlichkeit muß wirklich selbst- und innengesteuert sein. Nur wenige Priester wurden dazu erzogen. Dies erklärt zum Teil die unreifen und feindlichen Reaktionen, wenn «das Establishment» ihren Einspruch nicht annimmt.

Das Selbstverständnis des Priesters

Der gesellschaftliche Wandlungsprozeß verursacht unter Priestern und Laien Verwirrung, Richtungslosigkeit, Identitätskrisen und Gesetzlosigkeit. Das autoritäre Vaterbild des Priesters hat sich plötzlich gewandelt in das Bild des «Facili-

tators», der in den Gliedern der christlichen Gemeinde die schlummernden Fähigkeiten zu Selbst-Lenkung, zu Führerschaft und zur Verinnerlichung des Glaubens wecken soll. Dies wird kompliziert durch die Tatsache, daß der Priester auf Gegnerschaft stößt, was immer er als Modell wählen mag. Den Laien wurde immer gesagt, daß sie von der Autorität des Priesters abhängen, den Priestern von der der Bischöfe, den Ordensleuten von der der Obern, den Bischöfen von der des Papstes. Diese Einstellung spiegelt sich in der Annahme, daß etwas erlaubt oder sündhaft sei, «weil der Pfarrer oder die Kirche es so gesagt hat». Aufgrund der Aussagen des letzten Konzils über die Gewissensfreiheit und über die Stellung der Laien in der Kirche geriet die bisherige Ausbildung und das von ihr produzierte Verhalten der Priester in Verruf. Dabei ist diese neue Einstellung gegenüber dem Selbstverständnis des Priesters nicht ausschließlich und nicht einmal hauptsächlich das Resultat des Konzils. Die Änderungen, die das Konzil brachte, waren höchstens späte und vielleicht sogar ungenügende Anpassung der Kirche an die ungeheuren gesellschaftlichen Änderungen der letzten zwei Jahrhunderte.

Die schnelle Ausbreitung demokratischer Ideale von Freiheit, Gleichheit und universaler Brüderlichkeit sowie Mitbestimmung, soziale Sicherheit und Erziehung der Masse, all diese Strömungen haben beigetragen zum Verlangen nach einem mündigen und verinnerlichten Glauben in einem pluralistischen Milieu, wo jeder von sich gegenseitig bekämpfenden Werten und Wertssystemen herausgefordert ist.

Wenn solche Bestrebungen und das neue Selbstverständnis des Priesters in Konflikt geraten mit dem, was man irrtümlicherweise «die konstante und unveränderliche Tradition der Kirche» nennt, dann ist es leicht verständlich, daß Konflikte der Loyalität sich in wirkliche Glaubenskrisen steigern. Auch was dabei nur als Konflikt *erscheint*, ist für jene, die sich darin befinden, Wirklichkeit. In diesem Zusammenhang könnte man auf neuere Umfragen in den Vereinigten Staaten hinweisen, die zeigen, daß gerade für einen Priester mit «autoritärer» oder fremdgesteuerter Persönlichkeit irgendein ernster Konflikt, in dem er sich von seiner Vaterfigur (Ordensoberer, Pfarrer, Bischof oder gar Papst), die er als «maßgeblichen andern» über sich selbst gesetzt hat, plötzlich verstoßen fühlt, eine schwere Zugehörigkeits- und Identitätskrise auslöst, die ein solcher Priester dann als Glaubenskrisen deutet.

Im Seelsorgeteam der Pfarrei Guthirt Ostermundigen tritt auf den Sommer/Herbst 1973 leider eine Vakanz ein. Darum suchen wir wiederum einen hauptamtlichen

Laientheologen oder Katecheten (in)

Wir sind eine stark wachsende Pfarrei in der Agglomeration Bern mit ausgesprochenen Diaspora-Verhältnissen.

Ihre Mitarbeit in unserem Team sehen wir vor allem in Religionsunterricht und Elternschulung und je nach Fähigkeit und Ausbildung in Erwachsenenbildung, Jugendarbeit und Gottesdienstgestaltung. Wir freuen uns auf einen initiativen, dynamischen Mitarbeiter(in) und erwarten gerne Ihren Anruf. Zeitgemäße Besoldung entsprechend Ihrer Ausbildung.

Nähere Auskunft erteilt Ihnen das

Pfarramt Guthirt, Pfarrer L. Scherer

Sophiestr. 5a, 3072 Ostermundigen

Tel. 031/51 13 01

Die moderne Psychologie legt den Nachdruck auf *Selbstverwirklichung*. Von Priestern und Ordensleuten wird dies oft dahin mißverstanden, daß sie ihre persönliche Selbstverwirklichung zum Hauptziel ihres Lebens machen. So werden Zölibat, Ordensgelübde und Priestertum bloße Instrumente zur Erreichung dieses Zieles. Mangels Besinnung auf das Paradox des Evangeliums: «wer sein Leben sucht, wird es verlieren, und wer es verliert, wird es finden», läßt sich so mancher zu verfeinerter Selbstsucht verführen, die eine wahre Selbstverwirklichung verunmöglicht. Die entsprechende Frustration wird oft irrtümlicherweise dem zölibatären Leben, den Gelübden oder dem Priesterstand zugeschrieben: Identitätskrisen und Glaubenskrisen sind die fast unvermeidliche Folge.

Der Priester und die Messe

Die Eucharistiefeier ist zentral für die Rolle des Priesters in der christlichen Gemeinde. Früher konnte sich ein Priester, der hauptamtlich einer rein «weltlichen» Tätigkeit in Verwaltung, Forschung oder Schule nachging, mit seiner Priesterrolle identifizieren, indem er täglich allein die Messe las, das Brevier betete, gelegentlich an Wochenenden in Pfarreien aushalf und stets in der Kleidung der Geistlichen auftrat. Die oft wiederholten Tätigkeiten dienten dazu, ihn in seiner Rolle zu bestätigen, zumal diese Sicht der Priesterrolle auf keine theologische Kritik stieß und die Laien vom Priester solches Handeln erwarteten.

Heute ist die Situation weit komplizierter. Der Priester, besonders jener, der nach dem Konzil ausgebildet wurde, sieht sich bezüglich Eucharistie als «Vorsteher der gottesdienstlichen Gemeinde». Allein die Messe zu lesen wird für ihn sinnlos. Eher würde er noch mit einem andern Priester konzelebrieren, der eine betende Gemeinde um sich versammelt hat, oder, was immer häufiger geschieht, sich einfach unters gläubige Volk mischen. Überdies finden immer weniger Priester das Breviergebet sinnvoll; sie erfahren dieses gar nicht als eine Form des Gebetes, sondern als gesetzlich auferlegte Verpflichtung. Wenn diese Priester überhaupt noch das Brevier beten, dann tun sie es im stillen Kämmerlein und machen kein Schauspiel daraus. Auch das Tragen eines spezifisch geistlichen Gewandes ist heute nicht besonders beliebt, nicht einmal für die Feier der Eucharistie. Da spricht man etwa von einer «intimen Liturgie» und meint damit eine Messe, in der sich niemand «verkleidet», sondern alle, auch der Priester, in gewöhnlicher Straßenklei-

dung teilnehmen. So kommt es, daß die Priester von heute in ihrem Alltagsleben nicht vieles vorfinden, das sie in der Identität als Priester bestätigt. Dies trifft vor allem auf jene zu, deren Hauptbeschäftigung ohnehin weltlicher Natur ist. Auch eine solche Situation kann zu Identitätskrisen und schließlich zu Glaubenskrisen führen.

Eine weitere Schwierigkeit ist die heute gängige theologische Auffassung vom Priestertum als einer «Funktion» in der Kirche. Diese Deutung hebt sich stark vom traditionellen Verständnis des «sakramentalen Charakters» ab, der dem Priester bei der Weihe verliehen wurde. In dieser älteren Ansicht sind kraft des sakramentalen Charakters alle Tätigkeiten eines Priesters, selbst jene von rein weltlicher Art, auf die Ebene «priesterlichen Wirkens» erhoben. Dagegen hat nach neuem Verständnis der Priester nur dann das Gefühl, Priester zu sein, wenn er seine spezifische Funktion als Vorsteher einer gottesdienstlichen Gemeinde ausübt.

Die allgemeine Tendenz in der weltlichen Gesellschaft, die Person aus einer funktionalen Sicht zu betrachten, verstärkt des Priesters Vorliebe für eine theologische Deutung des Priestertums, die mit dieser Tendenz übereinstimmt. Abgesehen von der Frage, ob ein solches Selbstverständnis zu weiterer Entpersönlichung des Priesters beiträgt oder nicht, kann daraus eine völlige Nichtidentifizierung mit der priesterlichen Rolle in jenen Fällen die Folge sein, wo Priester ihr ganzes Tagewerk für «weltliche» Tätigkeiten einsetzen. Solche Fälle trifft man recht häufig bei Ordenspriestern, aber auch bei Weltpriestern an, die für die kirchliche Verwaltung arbeiten oder mit Bildungsaufgaben betraut sind. Die weltliche Stimmung von heute erschwert es, die theoretischen und streng theologischen Aspekte dieser Frage objektiv zu prüfen – und dies um so mehr, wenn die herkömmliche Auffassung autoritär mit Berufung auf die Tradition vertreten wird.

(Schluß folgt)

Gerald J. Pbelan S.J., Rom

Woraus lebt der Glaube?

Raymund Schwager: Jesus-Nachfolge

Es gibt die verschiedensten Religionen und Weltanschauungen. Der christliche Glaube erhebt unter ihnen einen Sonderanspruch. Tut er dies mit Recht? Das ist die Grundfrage dieses engagierten Buches. In Auseinandersetzung mit den relativierenden Ergebnissen moderner Humanwissenschaften (Sprachphilosophie, Wissenssoziologie, Parapsychologie) fragt Raymund Schwager zunächst nach jener Grunderfahrung im Leben Jesu und seiner Jünger, die einen solchen Anspruch rechtfertigen kann. Dann peilt er den Glaubensgrund im einzelnen Christen an. Ihn gewinnt der Gläubige nicht in erster Linie aus der historischen Forschung, sondern aus dem Versuch, einen ähnlichen Weg wie Jesus zu gehen: Wer mit Jesus glaubt, kann an ihn glauben.

Dazu Mario von Galli: «... Und hier sehe ich den Wert des Buches: Eine Menge Fragen, die den Christen heute sehr hautnah in seinem Glauben bedrängen, verwirren, verunsichern, werden hier von einem zentralen Punkt aus gesichtet, gewogen, beurteilt. Die Gefahr des Zerbröckelns wird so gebannt, der Glaube ist nicht mehr ein erschreckend kompliziertes Gebilde, sondern, wo er erfahren wird, ein starkes und heute mögliches Erlebnis»

208 Seiten, kart. lam. DM 19.80 / sFr. 25.60, Bestell-Nr. 16655

Herder Freiburg Basel Wien

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Raymund Schwager, Karl Weber, Ladislaus Boros, Jakob David, Albert Ebnetter, Mario von Galli, Robert Hotz, Josef Renggli

Anschriften von Redaktion und Administration:

Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, ☎ (01) 36 07 60

Bestellungen, Abonnemente: Administration

Einzahlungen: Schweiz: Postcheck 80-27842 -

Deutschland: Postscheck Stuttgart 62 90-700

«Orientierung», Zürich - Österreich: Sparkasse

der Stadt Innsbruck, Scheckkonto Nr. 133.629 (Ver-

merk 0001/268499 «Orientierung») - Frankreich:

Crédit Commercial de France, CCP 1065, «Orient-

ierung» C.E. Suisse No 020/081.7360 - Italien:

Postscheckkonto: Roma 1/28545 «Orientierung»

Zürich

Abonnementpreise: Ganzes Jahr: Fr. 22.— / Aus-

land: sFr. 25.— / DM 22.— / öS 160.— / FF 35.— /

Lit. 4300.— / US \$ 8.—

Halbjahresabonnement: Fr. 12.50 / Ausland: sFr. 14.— /

DM 12.50 / öS 85.—

Studenten-Abonnement: Schweiz Fr. 13.50 / Ausland:

sFr. 15.— / DM 13.50 / öS 95.— / Lit. 2600.—

Gönnerabonnement: sFr./DM 30.— (Der Mehrbetrag

von sFr./DM 8.— wird dem Fonds für Abonnemente in Länder mit behindertem Zahlungsver-

kehr zugeführt.)

Einzelexemplar: sFr./DM 1.50 / öS 9.—

AZ

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

8002 Zürich